

Danziger Zeitung



General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Nr. 21151.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Kettnerhagergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inserieren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertions-anträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1895.

Telegramm.

Versailles, 17. Januar. Félix Faure ist zum Präsidenten der Republik gewählt.

(Vergl. den besonderen Artikel auf Seite 2.)

Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

** Berlin, 17. Januar.

Zu der heutigen Lesung des Jesuitenantrages (ihren Ergebnis wir bereits in unserer gestrigen Abendnummer mitgetheilt haben) wäre noch zu erwähnen, daß der Reichsverteiler Krupp für den Centrumsantrag gestimmt hat. Ein von dem Antisemiten Dr. Förster eingebrachter Antrag kam nicht zur Berathung, auch hielt der Antragsteller es nicht einmal für nötig, ihn zu begründen.

Bei der darauf folgenden Debatte über die Justiznouvelle wurden die Bänke des Hauses immer leerer, obwohl es sich um wichtige und auch politisch bedeutsame Fragen handelte. Der Staats-

sekretär des Reichsjustizamtes Nieberding hielt einen einleitenden Vortrag, wobei er in Abrede stellte, daß bei der vorgeschlagenen Besetzung der Strafkammern durch die Landesjustizverwaltung politische Erwägungen eine Rolle gespielt hätten; es sei vielmehr nur eine rein technische Frage, und die Regierung sei gern bereit, etwaige Gegenvorschläge vorurtheilsfrei zu prüfen. Aus dem Hause kamen noch zwei Juristen zum Wort; zunächst der Geh. Ober-Justizrat Dr. Rintelen (Centr.), der eine wohlwollende Kritik an der Regierungsvorlage übte. Er persönlich hat freilich Bedenken gegen die vorgeschlagene Besetzung der Strafkammern durch die Landesjustizverwaltung und er brachte auch noch im Namen seiner Freunde einige andere Bedenken vor. Dagegen konstatierte Justizrat Professor der Rechte Dr. Enneccerus (nat.-lib.) zahlreiche Mängel an der Vorlage und stellte ihr überhaupt ein ungünstiges Prognostikon. Der Redner zweifelte, daß das Gesetz überhaupt noch in dieser Session zu Stande kommen werde.

Um 4½ Uhr wurde die Sitzung auf morgen Mittag 1 Uhr vertagt. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung.

17. Sitzung am 17. Januar.

1 Uhr.

Abg. Rickert hebt im Anschluß an die früheren Verhandlungen hervor, daß die Annahme des Antrages Hompesch nur eine rein principielle Bedeutung habe. Factual wird durch dieselbe nichts geändert, denn in dem bei weitem größten Theile Deutschlands besteht das Verbot der Zulassung der Jesuiten, das in den betreffenden Landesgesetzen ausgedrückt ist. Es besteht in Preußen

(Nachdruck verboten.)

Alte und Junge.

24 Roman von Moritz v. Reichenbach.

XIV.

Am nächsten Tage schien die Nervosität, unter der die junge Mutter und der Täufling litten, sich auch den übrigen Bewohnern der Villa mitgetheilt zu haben. Die Leute hatten so recht augenscheinlich „alle Hände voll zu thun“, obgleich Frau Gustichens scharfes Hausfrauenauge nicht ausfinden konnte, womit sie alle beschäftigt waren; die Baronin klage über unzuverlässige Röthe, Schneider und Dekoratoren, der Baron entwirrte Tischaufstellungen, trotzdem seine Frau behauptete, Hasso würde, sobald er aus dem Dienste komme, alles umändern, und wenn sie sich beide darum kümmerten, würden sie nichts als Confusionen anrichten. Da zwischen gelang es den alten Campen nur mit Mühe, die Bekanntheit ihres Enkelsohnes zu machen, und nachdem sie vor dem Kinderzimmer die Leiden der verschiedenen Familienmitglieder zu hören bekommen hatten, klagte in demselben Misi, daß sie in dem weißen Kleide abschrecklich aussehen und das „Baby ganz gewiß morgen nicht seinen beau jour haben würde“, denn er schrie heute so viel und habe verschwollene Augen. Es tröstete sie nur wenig, daß Großmama Gustichens „prächtig“ stand.

Der Eintritt des Barons Steinhaus in das Kinderzimmer unterbrach die Debatte über Babys Ähnlichkeiten, die sich soeben entspinnen wollte. Er hatte für die aus einem polnischen Walddorf verschriebene Amme ein künstliches Nationalkostüm machen lassen, das er ihr jetzt übergab und dessen rothseidene Bänder und Korallenchnüre die Amme zu einem lauten Freudenschrei veranlaßten. Das schien Baby als Eingriff in seine Rechte zu empfinden, denn es begann sofort, so intensiv zu schreien, daß die beiden Großväter das Kinderzimmer verließen.

„Wir wollen auswärts frühstückt“, schlug Baron Steinhaus vor. „Hasso hat bis Mittag Dienst und hier ist's ungemütlich.“ Sie be-

seit dem Jahre 1885, in Sachsen durch die dortige Verfassung, ebenso in Bayern, Württemberg und Baden durch gesetzliche Bestimmungen. Ferner steht fest, daß die verbündeten Regierungen, ausgenommen einige kleine Staaten, gegen den Antrag Hompesch sind. Ist es unter solchen Verhältnissen nicht unangebracht, auf einem solchen theoretischen Verlangen zu bestehen, während man praktischer durch Aufhebung des § 2 etwas erreichen und damit den Hauptanstoß beseitigen kann? Der § 2 enthält allerdings eine das Gerechtigkeitsgefühl verlehnende Bestimmung. Man könnte zwar erwidern, daß auch diese Sache keine praktische Bedeutung hat, weil der Paragraph fast niemals, in den letzten 25 Jahren gar nicht angewendet worden ist. Hier liegt die Sache aber doch anders als beim § 1, wo die Particulargefegegebungen dasselbe Verbot enthalten. § 2 kann doch immerhin angewendet werden und eine solche Ausnahmestellung widerspricht dem öffentlichen Gefühl, die seit der Aufhebung des Socialistengesetzes einzigt dasteht. Sie muß daher aus der Welt geschafft werden und nach meiner Meinung würde das Centrum richtig handeln, wenn es dazu befragt, daß vom Reichstag die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes, wie es der § 2 ist, mit großer Majorität verlangt wird. Dann wird sich auch die Regierung dieser Forderung schwerlich entziehen können. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.): Ein Theil meiner Freunde ist im gegenwärtigen Augenblick zu keinen Concessions bereit; ein anderer Theil meiner Freunde glaubt für den Antrag Rickert stimmen zu können. Darin hat Herr Rickert Recht, daß die Aufhebung des Jesuitengesetzes vor keinem praktischen Erfolg ist, da die Einzelstaaten in der Lage sind, ihr Verbot aufrecht zu erhalten. Keinesfalls aber ist das Jesuitengesetz ein Ausnahmegesetz. Seine Aufhebung würde vielmehr den jesuitischen Ordensniederlassungen den Vorrang vor allen anderen Vereinen privilegieren. Was den § 2 betrifft, so waren wir schon im Jahre 1872 der Ansicht, daß eine Strafbestimmung für den Fall unerlaubter Niederlassungen besser gewesen wäre. Die Regierung sträubte sich aber gegen diesen Weg. Die Aufhebung des § 2 wird schwerlich geordnete Zustände herbeiführen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Wir werden gegen alle Anträge stimmen, denn wir halten die rein mechanische Herauslösung eines Paragraphen aus einem solchen Gesetz nicht für richtig. Das ganze Gesetz wird, wenn Rickerts Antrag angenommen wird, eine lex imperfecta.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Wenn der Antrag Rickert zuerst zur Abstimmung gelangt, dann werden wir natürlich gegen ihn stimmen, denn mit der Annahme des Antrages Rickert würde auch unser Antrag fallen. Wenn aber zuerst über unseren Antrag abgestimmt wird und er fällt, dann werden auch wir für den Antrag Rickert stimmen. Was wir in dritter Lesung thun werden, behalten wir uns noch vor. Was den Antrag Rickert betrifft, so ist eine Erleichterung durch denselben anzuerkennen, aber nur eine kleine, denn er bestätigt nicht den § 1, welcher den größten Anstoß für uns enthält, denn er beschränkt die persönliche Freiheit; sogar die Abhaltung rein wissenschaftlicher Vorträge, wenn der Vortragende zufällig dem Jesuitenorden angehörte, ist als eine

gaben sich in ein Restaurant, und sobald der Baron den alten Campen beim Frühstück fest hatte, begann er wegen der „Enkelbulage“ in ihn einzureden. Er habe Hasso 3000 Mk. jährlich zugelegt. Campen müsse ein Gleichtes thun, denn 18 000 Mark brauche ein junges Paar mit Familie bei diesem „Krement“, das wäre der Durchschnitt und unbedingt erforderlich, da einige Kameraden 24 000 und mehr jährlich hätten.

Aber nun brach der alte los. Wenn ein junges Paar hier wirklich so viel brauche, so sei das eine Günde und Schande, vorläufig glaube er es aber nicht. Hasso sei allerdings weit über seine Verhältnisse eingerichtet, das sei aber nicht seine Schuld, und niemand könne von ihm als Vater verlangen, daß er seinem Sohne mehr Zulage gäbe, als seinen Verhältnissen entspräche, bloß damit dieser der Welt die Romöde eines Reichthums vorspielte, der des soliden Fundamentes entbehre.

„Ich habe mich mein Leben lang nach meiner Decke gefreut, habe mich wohl dabei befunden und bin glücklich gewesen, und Hasso soll es ebenso machen!“ rief der alte Herr erregt.

Baron Steinhaus strich über seinen Bart, nippte an seinem Wein und sagte mit überlegenem Lächeln:

„Lieber Freund, die Verhältnisse haben sich eben in den letzten Jahrzehnten gewaltig geändert. Wir sind ein Industriestaat geworden und rechnen heutzutage mit anderen Geldsummen, als unsere Väter das gewohnt waren.“

„Erlaube, ich bin kein Industrieller.“ —

„Erlaube, da liegt eben der Fehler. Nachdem wir ein Industriestaat geworden, liegen für jeden, der im Besitz von Kapital ist, die Mittel und Wege offen, dieses Kapital gewinnbringend arbeiten zu lassen, und für den, der keins hat, ist die Möglichkeit, es zu erwerben, in reichem Maße vorhanden. Man muß nur die Augen aufmachen, die alten Vorurtheile bei Seite lassen“ —

„Und unter der Flagge „Handel und Industrie“ über jede ideale und vornehme Auffassung hinweggehen, seinem nächsten die Ohren abzuschneiden, wenn der eigene Vorstell es erfordert, und an

Ordensthätigkeit angesehen und verboten worden. Heute in eine nochmalige Erörterung des Gesetzes einutreten, kann ich mir wohl versagen. Nur das will ich wiederholen, daß der § 1 ein Ausnahmegesetz in krassester Form ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. Rickert: Ich erkenne an, daß das Centrum sich in einer Schwierigstellung befindet, wenn es zuerst über meinen Antrag abstimmen würde, denn es würde, so lange über den Antrag Hompesch noch nicht abgestimmt ist, gegen denselben stimmen müssen, trotzdem es eigentlich dafür ist. Ich bitte daher, die Abstimmung über den Antrag Hompesch zuerst vorzunehmen. Auch wenn der Antrag Hompesch angenommen wird, wie in der vorherigen Session, so hat die Diskussion doch den Erfolg gehabt, daß durch die Rede des Herrn Friedberg festgestellt ist, daß die Nationalliberalen in Prinzip für meinen Antrag sind und daß eine Vorlage, welche die Expatriirung und Internierung der Jesuiten aufhebt, im Reichstage einer großen Majorität sicher ist. Ich möchte die Regierung bitten, ob sie sich nicht dahin einigen wollen, eine so große Rechtsungleichheit zu beenden. (Sehr richtig!) Als dann wird über den Antrag Hompesch abgestimmt. Derselbe wird (wie bereits in unserer gestrigen Abendausgabe gemeldet) angenommen. Damit sind die Anträge Rickert und Förster erledigt.

Es folgt dann die Berathung der Vorlage betreffend Anordnungen und Ergänzungen der Gerichtsverfassung, der Strafprozeßordnung, der Berufung, der Entschädigung unschuldig Verurteilter, der Vertheilung der Geschäfte an die Gerichte durch die Landesjustizverwaltung etc.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Nieberding: Ein breiter Raum hat die öffentliche Erörterung der Vorlage, namentlich die Beziehung der Strafkammer durch die Landesjustizverwaltung bereits eingenommen. Man hat den Vorschlägen der Regierung nachgesagt, daß in ihnen eine unzulässige Beeinflussung der Gerichte durch die Verwaltung stattfinde. Die Regierung bedauert, daß man eine solche rein technische Frage mit politischen Erwägungen verknüpft, die Regierung will nur auf einem besseren Wege die vorhandenen Uebelstände abheben. Welchen Weg man dazu einschlägt, ist im übrigen von untergeordneter Bedeutung. Die Einführung der Berufung, die Befestigung einiger Garantien im Vorsprozeß, die Entschädigung unschuldig Verurteilter, die veränderten Bestimmungen bei der Eidesleistung, diese vier Punkte bilden ein un trennbares Ganze. Einige andere Vorschläge über die Beziehung der Strafkammer durch die Landesjustizverwaltung wird die Regierung vorurtheilsfrei prüfen. Die Wiedereinführung der Berufung ist nicht möglich ohne Vereinfachung des Vorsprozeß und Einschränkung des Wiederaufnahmeverfahrens. Die Regierung verschließt sich nicht den Bedenken, welche die Wiedereinführung der Berufung hat, aber sie hat sich dennoch um der öffentlichen Meinung willen zu der Vorlage entschlossen. Es ist auch nur eine Concession, wenn die Regierung einzelne Garantien im Vorsprozeß missen will. Die Entschädigung unschuldig Verurteilter kann nur Erfolg haben, wenn die Unschuld auch wirklich nachgewiesen ist und es ist nur eine Consequenz davon, wenn die Wieder-

Ehre und Namen Preiskarten kleben, damit die Leute wissen, für wieviel das alles zu haben ist. Ich danke dafür!

Aber, lieber Freund, daß sind ja doch Uebertreibungen der ärgsten Sorte! Kommen wir doch vom Allgemeinen auf das Spezielle! Ich weiß nicht, wie es bei Euch in Friesland steht, aber hier ist es positiv so: Von dem Jins, den die Güter bringen, kann kein Mensch mehr leben, da die Einnahmen sich in demselben Maße verringerten, in dem die Ansprüche wuchsen.“

„Da muß man eben in seinen Ansprüchen heruntergehen.“

„Das ist unmöglich, wenn man sich nicht außerhalb der Gesellschaft stellen will.“

„Das ist eben die Dummheit, daß wir uns den Stil unserer Gesellschaft von einem paar Geldleuten dictieren lassen, die ihr Kapital mit zehn und mehr Prozent verdienen, und wir, die wir aus unseren Gütern zwei Prozent beziehen, es jenen gleich thun wollen, anstatt den Mut zu haben, zu erklären: Das geht über unsere Verhältnisse.“

„Ich bin mehr dafür, daß wir's jenen ablernen, zu machen — meine Revenüen haben sich z. B. durch meine Beteiligung an der serbischen Eisenbahn um das Gechhafte vergrößert.“

„Und was hast du dafür?“

„Ich lasse mein Geld arbeiten!“

„Und kümmert dich darum?“

Der Baron zuckte die Achseln und trank sein Glas etwas hastig aus, während er dachte, daß mit diesem „Bokuden“ und „Hinterwäldler“ ja doch absolut nicht zu reden sei. Er empfand es daher als Erleichterung, daß in diesem Augenblick einige Bekannte in das Restaurant eintraten.

„Das trifft sich charmant, da bekommen wir gute Gesellschaft“, sagte er sich erhebend und den Eintrenden entgegengehend, während der alte Campen nun seinerseits sein Glas leerte, als wollte er damit vor sich selbst bekräftigen, daß er an seinen Ansichten festhalten würde.

Inzwischen war Hasso aus dem Dienst zurückgekehrt, und da Missi schlief, und die Baronin ausgegangen war, empfing Frau Gustichens ihn allein.

aufnahme des Verfahrens wirklich nur dann erfolgt, wenn Umstände vorliegen, die jenen Nachweis ermöglichen. Die Entlastung der Schurzgerichte, hat man gesagt, ist der erste Schritt zur Abschaffung derselben. Das liegt nicht in der Absicht der Regierung. Auch beabsichtigt die Regierung keinesfalls, die Stellung der Angeklagten zu erschweren. Die Strafprozeßordnung soll aber nicht nur für den Angeklagten ein Schutz sein, sondern auch für die bürgerliche Ordnung und Gesellschaft, auch diese bedarf des Schutzes.

Abg. Dr. Rintelen (Centr.): Der Gesetzentwurf hat den großen Vorzug, daß er nicht als Partei-gefegegeben werden kann. In der Wiedereinführung der Berufung und der Entschädigung unschuldig Verurteilter sind alle Parteien einig. Wir müssen die Stellung der Regierung dazu um so freudiger begrüßen, als sie sich siets ablehnen in diesen Punkten verhalten hat. Der größte Theil meiner Freunde ist mit der Vorlage einverstanden, nur in dem einen Punkt gegen wir Bedenken, nämlich bezüglich der Überweisung einer Anzahl Strafsachen von den Schurzgerichten an die Strafkammern. Ich persönlich theile allerdings diese Bedenken nicht. Ich befürchte, wenn die Strafkammer mit fünf Richtern besetzt ist, keine Schmälerung der Garantien für den Angeklagten. Der größte Theil meiner Freunde ist gegen die Einschränkung der Beweisführung für den Angeklagten und seinen Vertheidiger. Jedenfalls ist es nothwendig, daß, wenn ein Beweisantrag des Vertheidigers abgewiesen wird, der Angeklagte rechtzeitig davon unterrichtet wird, weshalb die Ablehnung erfolgt ist. Mit besonderer Freude begrüßen wir die Änderung in der Zeugenvereidigung, die Ausdehnung des Contumacieverfahrens und die Beschleunigung im Verfahren. Zu erwägen ist noch, ob nicht die Strafverhandlungen stenographiert werden sollen. Wir sind auch dafür, daß die Zuständigkeit der Schöffengerichte erweitert wird. Mit der Überweisung der Meineide, Urkundenfälschung, Widerstand gegen die Strafkammer in Fällen der §§ 118 und 119 des Strafgesetzbuches an die Strafkammern sind wir einverstanden. Nur die Belebung der Strafkammern durch die Landesjustizverwaltung ist ein Punkt, der mir nicht gefällt. Nachdem die Besetzung bisher durch die Collegien geschehen ist, können wir uns mit der Änderung nicht einverstanden erklären. Wohin das führt, dafür liegen mehrfache unerfreuliche Erfahrungen vor. Ich schließe mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Commission wie früher nicht bloß läbhaftes Material, sondern fertige Arbeit liefern wird.

Abg. Dr. Enneccerus (nat.-lib.): Ich will mich über die Richtung der Commissionsverhandlungen nicht äußern. Wir werden weitere Erklärungen der Regierung in der Commission abwarten. Ein Lichtpunkt der Vorlage ist die Aufnahme eines Rechtsanspruches unschuldig Verurteilter auf Entschädigung. Sonst enthält die Vorlage nach meiner Ansicht nicht viel Gutes. Die Bestimmungen über die Wiederaufnahme des Verfahrens sind mangelhaft. Die Unschuld eines Verurteilten ist nicht dadurch gerechtfertigt, daß man feststellt, ein Belastungszeugen habe einen Meineide geleistet oder einen Irrthum begangen, vielmehr muß das Gericht gleich be-

„Mein lieber, lieber Junge, nur habe ich dich einmal ganz für mich“, sagte sie, mit ihrer weichen Hand über seine Stirn streichelnd, die ihr nicht so wolkenlos schien, wie es ihren Wünschen entsprochen hätte. Doch sie wollte ihn nicht gleich mit Fragen quälen, sie rückte ihm die verschleierten Schüsseln des Frühstückstisches näher und setzte sich dann ihm gegenüber in den Schatten, so daß sie unbemerkt von ihm, ihre Augen in jährlicher Begegnung auf seinem voll beleuchteten Gesicht ruhen lassen konnte.

„Wie hübsch es bei dir ist, Hasso“, begann sie dann, „wie reizend dein Hausherr ist und mit welcher Vollständigkeit. Ich staune nur immer, wenn ich sehe, wie alles, bis in die kleinsten Kleinigkeiten hinein — die andere Paare sich erst nach und nach anschaffen — bei euch schon in Hülle und Fülle vorhanden ist.“

„Ach, Mamachen, das kommt dir wohl nur so vor, weil —“ er stockte, und sie vollendete lächelnd: „Weil es bei uns so einfach ist, meinst du. Nur ja, man mag wohl unwillkürlich vergleichen, aber, ganz abgesehen davon, du muß doch sagen, daß ihr wirklich ganz besonders hübsch und reich ausgestattet seid.“

„Es ist doch wohl nur, was heutzutage in einen einigermaßen confortablen Haushalt gehört, vorhanden, gar kein Vergleich z. B. mit der Einrichtung des Prinzen Jenstein von meinem Krement“. Jedesmal,

Müssen, ob eine Entschädigung zu leisten ist oder nicht. Die Gegner der Berufung werden in der Vorlage wenig Interessantes und Annehmbares finden. Die Verworenheit des Beweisverfahrens kann am besten durch die Berufung beseitigt werden, und das Urtheil der Anwälte, welche aus eigener Erfahrung urtheilen, ist für mich von großer Bedeutung. Die Berufung ist von größter Wichtigkeit nicht nur für die Angeklagten, sondern auch für die Anwälte, wenn sie irgend eine Unterlassung gut machen wollen. Bedenklich erscheinen mir die Bestimmungen über die Beschränkung der Beweisaufnahme im Vorverfahren, vielmehr müssen alle Thatfachen, die das Gericht für erheblich erachtet hat, in die Voruntersuchung eingeschlossen werden. Die Berufung ist mit so verschiedenen Nebendingen belastet, daß es zweifelhaft erscheint, ob die Vorlage in dieser Gestalt überhaupt noch annehmbar ist. Zuständig für die Berufung sind die Oberlandesgerichte; es ist allerdings fraglich, ob nicht das persönliche Erscheinen des Angeklagten oft entbehrt werden kann. Ein schnelles Verfahren ist jedem wünschenswerth, aber in manchen Fällen kann es auch nachtheilig wirken. Die bisherige Geschäftsverteilung durch die Präsidien ist besser als die vorgefallene durch die Ministerial-Instanzen, denn die letzteren können die einzelnen Richter nicht so genau kennen. Empfehlenswerth wäre auch bei den oberen Gerichten eine Theilnahme von Schöffen; ein Zusammensetzen von Laien und Richtern wird auch für die Verwaltungsgerichte von Werth sein. Ich hoffe, daß die Vorlage in der Commission eine annehmbare Gestalt erhalten oder im nächsten Jahre in verbesselter Form wieder erscheinen wird.

Nachdem noch Staatssekretär Niederding einige Behauptungen richtig gestellt hatte, wurde die Sitzung um 4½ Uhr geschlossen.

Berlin, 17. Januar. Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beanstandete die Wahl des Antisemiten Böckel und erklärte die Wahl des Abg. Görz-Lübeck (freis. Vereinig.) für ungültig.

Die französische Präsidentenwahl.

Frankreich ist und bleibt das Land der Überraschungen. Eine größere Überraschung ist der Welt seitens beschert worden, als in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch, wo wie eine Bombe in die schlummernde Menschheit die Nachricht von der Abdankung Casimir-Pieriers hineinplatze, und heute wiederum kommt eine kaum minder große Überraschung, indem urplötzlich aus der Urne des National-Congresses von Versailles siegreich ein Name emporgestiegen ist, den die Fernerstehenden gar nicht kannten oder nur selten und flüchtig hatten nennen hören. Keiner der Favoritencandidaten, keiner von den glänzenden Sternen am politischen Himmel Frankreichs, keiner von denen, denen die kundigsten der politischen Sterndeuter, die besten Kenner der Verhältnisse im französischen Parlamente zu Anfang die meisten Chancen erkannten, ist der Erkorene des Congresses. Nicht Brissot, der Kandidat der Radikalen, nicht Waldeck-Rousseau, der Opportunist, die allgemein als die aussichtsreichsten Bewerber angejewt wurden, sondern Félix Faure ist gewählt, den zu Beginn der Concourse niemand nannte, dessen Aussichten dann freilich schon gestern so gestiegen waren, daß er bereits hier und da mit Brissot und Waldeck-Rousseau zusammengebracht werden konnte. Die Wahl ist in dieser Richtung ähnlich wie diejenige im Jahre 1887 verlaufen, wo zur Überraschung aller gleichfalls im zweiten Wahlgange Stéphane Carnot gewählt wurde, nachdem in dem großen Wettkampf um die höchste Würde der Republik gerade sein Name am wenigsten im Spiel gewesen war.

Wir empfingen gestern Abend über die Wahlhandlung in Versailles nachstehende

Telegramme,

Die wir der chronologischen Reihenfolge nach verzeichnen, nachdem wir das Resultat der Wahl selbst noch gestern Abend, soweit dies in der vorgerückten Stunde möglich war, durch zwei Extrablätter, das erste über den ersten Wahlgang, das zweite mit dem Schlussergebnis, wenigstens einem Theile unserer Leser bereits mitgetheilt haben:

Paris, 17. Januar. Um 4 Uhr 12 Minuten Nachmittags herrschte hier vollkommene Ruhe, nirgends machte sich eine Erregung bemerkbar.

Paris, 17. Januar. Die sozialistische "Petite République" greift Waldeck-Rousseau aufs heftigste an. Die Candidatur desselben sei unmöglich, insbesondere deshalb, weil er das Hauptglied des Cabinets gewesen sei, welches die Rahnal'schen Bahncorventionen eingebrochen habe und weil er die Vertheidigung einer so anrüchigen Sache, wie die Eiffels, geführt habe.

Der Senator Ranc erklärt im "Matin", die Botschaft Pieriers sei ein Anklageact gegen die republikanische Regierung vor Frankreich und dem Auslande. Ranc spricht sich für die Candidatur Waldecks aus.

Der "Figaro" heißtt Aeußerungen zahlreicher Mitglieder des Parlementes über den Rücktritt Pieriers mit, welche ausnahmslos den Rücktritt schärfstens verurtheilen. Voisin Douglas erklärt den Rücktritt als Desertion, wofür Pierier in den Anklagezustand versetzt werden sollte.

Der "Gaulois" erzählt, Casimir-Pierier sei jüngst in der Halle des Bahnhofes Saint Lazare Zeuge einer Scene gewesen, welche drastisch seine Unpopulärität bewies und auf ihn einen so deprimirenden Eindruck mache, daß der Vorfall wahrscheinlich mit zu seinem Demissionsschlusse beigetragen habe. Bei Ankunft auf dem Bahnhof hätten zwei im Publikum befindliche Civilpolizisten Hochrufe auf Casimir-Pierier ausgebracht, seien jedoch von allen Seiten niedergezähmt worden. Casimir-Pierier habe schmerzlich bewegt den Bahnhof verlassen.

Die Minister begaben sich Mittags vom Bahnhof St. Lazare nach Versailles, ein Zwischenfall ist nicht vorzukommen. Mehrere Mitglieder des

diplomatischen Corps begaben sich in demselben Juge eben dahin. 200 Polizei-Agenten versehnen auf dem Bahnhof den Dienst. Auf der Straße Paris-Versailles standen an jedem Tunnel und an jeder Brücke vier Soldaten postiert, die von halbwüchsigen Burschen umgeben waren.

Versailles, 17. Januar. Der Senatspräsident Challemel-Lacour eröffnete den Congrès um 1 Uhr Nachmittag. Der Abg. Michelin (Revisionist) verlangte das Wort, um die Einberufung der konstituierenden Versammlung zu verlangen, der bekannte clericale Heißsporn Baudry d'Affon verlangte (wie bei der Wahl Casimir-Pieriers im vergangenen Jahre) ebenfalls das Wort. Challemel-Lacour verweigerte dasselbe und ordnete unbekümmert um die Einwürfe die Eröffnung der Sitzung ab für die Wahl des Präsidenten der Republik an. Die Abstimmung begann um 1 Uhr 20 Min. Nachmittag.

In Versailles herrschte seit 11 Uhr Vormittags überall ein äußerst reges Leben.

Versailles, 17. Januar, 3 Uhr 35 Min. Bisher ist die Sitzung des Congresses ohne Zwischenfall verlaufen. Einige Socialisten erklärten, sie seien gegen die Präsidentschaft und würden ihre Stimmen nicht abgeben. Als bei Namensaufruf sich das Fehlen des zum Militär eingezogenen socialistischen Abgeordneten Mirman ergab, erschollen seitens der Socialisten Proteste. An den Zugängen zum Congrèsggebäude hatten sich einige Neugierige eingefunden, die sich indessen sehr ruhig verhielten.

Versailles, 17. Januar, 6 Uhr. Im ersten Wahlgange fielen auf Brissot 344, auf Faure 216, auf Waldeck-Rousseau 195 Stimmen, so daß ein zweiter Wahlgang nötig wurde.

Versailles, 17. Januar, 9 Uhr. Im zweiten Wahlgange erhielt Faure 428, Brissot 363 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Félix Faure war bis heute Marineminister im Cabinet Dupuy und gilt als ein Mann von hervorragender Lüftigkeit, Ehrlichkeit und großen Talenten. Eins vor allem, und das ist das hervorleuchtendste Merkmal des ganzen Wahl-dramas, bedeutet Faures Wahl: eine Niederlage der Radikalen, wenngleich dieselben eine recht respectable Anzahl von Stimmen auf ihren Candidaten Brissot vereinigt haben. So groß wie Casimir-Pieriers Majorität am 27. Juni 1894 ist diejenige Faures freilich nicht. Jener erhielt 451 von 851 Stimmen, diejeniger nur 428 von 791, mithin von der Gesamtheit des Congresses, der bekanntlich 884 Mitglieder zählt (300 Senatoren und 584 Deputierte), noch nicht ganz die Hälfte, und die Radikalen werden sich vielleicht sogar rühmen, daß ihr Kandidat aus der Deputiertenkammer mehr Stimmen bekommen hat, als Faure, und daß damit eigentlich der erste der wirklich Erkorene der Nation sei, da sie den Senat nicht als Volksvertretung anerkennen. Aber diese Rechnungen schwächen das Gewicht der Thatprobe nicht ab, daß die Radikalen und die mit ihnen verbündeten Socialisten eben nicht durchdrungen sind. Faure ist ein Mann von der gemäßigten Richtung, wie sie bisher am Ruder war, und damit ist auch die Bürgschaft gegeben, daß kein Systemwechsel eintritt, wie er bei der Wahl Brissots wohl zu befürchten gewesen wäre. Dass die Freunde der Candidatur Waldeck-Rousseau, nachdem sie im ersten Wahlgange am weitesten zurückgeblieben waren, schließlich ihre Stimmen auf Faure vereinigt und so zum Siege den Ausschlag gaben, bietet nur eine Bürgschaft mehr für den Entschluß aller gemäßigten Masse, sich zusammenzuhaaren zur Frontstellung nach links.

Somit wird man sich darauf verlassen dürfen, daß unter Faures Regime die Sache der Republik ebenso energisch geführt werden wird gegen die Aspirationen der Monarchisten, deren Präsident thronlüstern nach Dover gereist ist, um auf die Beute zu lauern, die er kindlichen Gemüths erträumt, wie auch nach der anderen Seite gegen die Anschläge der Revolutionäre, denen durch Casimir-Pieriers Sturz der Raum gewaltig geschrövollen war.

Faures Wahl kann als eine zuverlässige Bürgschaft für die Stabilität der Verhältnisse in Frankreich angesehen werden und damit ist der lezte Grund für die Beunruhigung, die in manchen ängstlichen Gemüthern angesichts des jähren Scenenvorwärts in Paris geherrscht haben mag. endgültig geschwunden.

Deutschland.

* Berlin, 17. Januar. Der Kronprinz und die drei ältesten Prinzen unseres Kaiserhauses sind in der vergangenen Woche nach Schloss Bellevue übergesiedelt. Durch den Umbau und durch die militärischen Vorgänge ist, schreibt das "D. Tgl.", das Treiben im Hofe des kgl. Stadtschlosses so störend geworden, daß in dem nach der Hofseite zu gelegenen prächtlichen Schulzimmern der Unterricht stark beeinträchtigt worden wäre. Aus diesen Gründen und um den Prinzen in den Unterrichtspausen eine Bewegung im Freien zu ermöglichen, sind für dieselben im Schloß Bellevue fünf im Parterre des Hauptgebäudes gelegene Zimmer zu Unterrichtszwecken eingerichtet worden. Punkt 8 Uhr — zur jetzigen Jahreszeit bei Lampenlicht — beginnt der Unterricht und dauert bis 1 Uhr. Um 10 Uhr wird mit dem Gefolge das zweite Frühstück, bestehend aus Bouillon, kaltem Aufschnitt und einem Gläschen deutschen Landweins, eingenommen. Zu den Lehrfächern, die hierbei erledigt werden, gehört auch Musik. Der Kronprinz spielt Violine und Klavier und ist auf beiden Instrumenten ein gutes Stück über die Anfangsgründe hinaus. Die Prinzen Eitel und Adalbert erhalten vorläufig nur im Klavierspiel Unterricht. An den von gutem Wetter begünstigten Nachmittagen sieht man die Prinzen im Bellevuepark Schlittschuh laufen, Schneeschanzen und -Männer bauen. Heller Jubel begrüßte die kaiserlichen Eltern, als dieselben am Sonntag nach dem Bellevuepark kamen, um sich an dem fröhlichen Treiben der Prinzen zu ergönnen.

* [Zum Besuch Hohenlohes in Friedrichsruh] macht die "Münch. Allgem. Ztg." u. a. folgende Bemerkungen:

"Vier traurige, verhängnisvolle Jahre lang hat man das Heil in feindseliger Abkehr von der Person und der Politik

des Fürsten Bismarck gesucht, um sich allmählich überzeugen zu müssen, daß nicht nur die Persönlichkeit, sondern schon der Name des Fürsten Bismarck ein politischer Factor von höchster Bedeutung ist. Das Jugefändnis dieses Fehlers birgt der Besuch des Fürsten Hohenlohe in Friedrichsruh und darin liegt dessen Bedeutung, die über diejenige mancher sonstigen Höflichkeitserweise des letzten Jahres entschieden hinausgeht. Aber von einer Wiederanknüpfung dort, wo vor annähernd 5 Jahren die Fäden abgerissen sind, kann aus mehr als einem Grunde nicht die Rede sein; das Rad der Zeit löst sich nicht rückwärts drehen. Die freiminnigen Freunde des Grafen Caprioli brauchen also nicht allzu sehr zu erschrecken. Es wäre aber unrichtig und undankbar, wenn man verkennen wollte, daß jetzt tatsächlich eine andere Luft mehr als unter dem Regime Caprioli. Wenn man auf die gegen früher so merklich veränderte Tonart mancher Staatsmänner achtet, so könnte man fast meinen, es wolle Frühling werden in deutschen Landen."

So die interessanten Auslassungen des Münchener Organs des Fürsten Bismarck.

* [Beim Kriegsminister] Brossart v. Schellendorf findet am 19. d. ein parlamentarisches Diner statt, zu dem Einladungen an Mitglieder verschiedener Fraktionen ergangen sind.

* [Der neue russische Botschafter in Berlin.] Zu der Nachricht von der Ernennung des Fürsten Labanow zum russischen Botschafter in Berlin bemerkte die "Kreuztg.": Diese Wahl Kaiser Nicolaus II. kann in Deutschland nicht anders als sehr sympathisch berühren. Fürst Labanow-Rostowski ist wegen seiner westeuropäischen Bildung, seines feinen Tastes und seiner großen diplomatischen Begabung rühmlich bekannt. Er galt lange als der zum Nachfolger des Herrn v. Giers bestimmte Staatsmann.

* [Einberufung des Landwirtschaftsraths.] Die diesjährige 23. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsraths ist auf den 4. März anberaumt worden, während dessen ständiger Ausschuß am Tage vorher zusammentritt. Auf der Tagesordnung des Plenums befinden sich außer geschäftlichen Angelegenheiten: Welche Maßregeln können zur Hebung der Getreidepreise in Deutschland ergriffen werden? — Welches sind die Wirkungen der Beseitigung des Identitätsnachweises — in Verbindung mit der Frage der Beseitigung der gemäßigten Transfänger. — Die Notwendigkeit der Abänderung 1. des Zuckersteuergesetzes, 2. des Brennweinsteuergesetzes. — Ueber die geistliche Regelung des Verkehrs mit Düngemitteln. — Die Errichtung landwirtschaftlicher Schöfengerichte. — Vorschläge zur Änderung der inneren Organisation des Deutschen Landwirtschaftsrats.

* [Gebs. weibliche „Hospitanten“] studieren im gegenwärtigen Winterhalbjahr an der Berliner Universität. Den Damen ist vom Minister die Genehmigung erteilt worden, die Vorlesungen zu besuchen; sie hören u. a. bei dem Mathematiker Fuchs, den Literaturhistorikern Erich Schmidt und Ludwig Geiger, dem Botaniker Schwendener, dem Sprachphilologen Steinthal.

Bon der Marine.

Zout telegraphischer Meldung an das Ober-Commando der Marine ist die Corvette "Arkon" Flaggschiff des Chefs der Kreuzer-Division, Contre-Admiral Hoffmann am 15. d. M. in Keling eingetroffen und hat diesen Hafen am 18. d. M. wieder verlassen. Der Kreuzer "Sperber", Commandant Corvetten-Capitän Walther, ist am 15. d. M. in San Paolo de Loanda angekommen und beabsichtigt am 18. d. M. die Reise nach Cochin fortzusetzen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Die Umsturzvorlage in der Commission.

Berlin, 17. Jan. In der Umsturzcommission beantragte heute der Abg. Spahn (Centr.) (wie bereits in der gestrigen Abendausgabe kurz gemeldet. D. Red.) die Vorlegung entsprechender Strafbestimmungen aus anderen Culturstaatn, sowie der Thatfachen und des Materials, welches die Unterlage für die Vorlage bildet. Abg. Bebel (Soc.) beantragte die Vorlegung der einschlägigen Reichsgerichtserkenntnisse. Der Antrag Spahn wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen, der Antrag Bebel gegen 5 Stimmen abgelehnt. Abg. Bachem (Centr.) beantragte darauf, die Commission zu verlagern, bis die Regierung das Material vorgelegt habe. Der Vorsitzende der Commission Abg. Böttcher (nat.-lib.) erklärte, die Annahme dieses Antrages würde die Verwerfung der Vorlage bedeuten. Nunmehr wurde der Antrag Bachem mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Abg. Lenzmann (kreis. Volksp.) stimmte gegen den Antrag. Ebenso wurde der Antrag Rinteln (Centr.) auf Verlegung der Commission um acht Tage abgelehnt. Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Berlin, 17. Januar. Nachträchtlich verlautet, der Kaiser habe vor dem gestrigen Besuch bei dem französischen Botschafter Herbelot eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe gehabt.

— Der Geheime Legationsrat und Abtheilungs-Dirigent des Auswärtigen Amtes, Humbert, ist zum Unterstaatssekretär im Staatsministerium ernannt.

— Die "Kreuzzeitung" hört, die Berufung des Staatsrates erfolge nicht insgesamt, es solle vielmehr nur die wirtschaftliche Abtheilung, zu welcher 14 Mitglieder berufen sind, zusammentreten.

— Für das Hauptquartier des Kaisers ist der "Post" zufolge seitens der kaiserlichen Reichsdruckerei eine Felddruckerei eingerichtet worden.

— Nach der "Post" entbehren die Gerüchte betreffend Veränderungen im preußischen Staatsministerium welche in der Presse colportiert werden, jeder Begründung.

— Der Gerichtshof verurteilte heute den Schriftsteller Heinrich Feistler wegen fortgesetzter Verbreitung verbreiteter sozialistischer und anarchistischer

scher Schriften zu 1½ Jahren, den Buchhändler Otto Hornisch wegen Aufreitung zu Gewaltthäufigkeiten, Verächtlichmachung der Staats-einrichtungen, Verßpottung der Religion und Verlehung des Preßgesetzes zu 1 Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte je 4 Jahre Gefängnis beantragt. Frau Hornisch wurde wegen Verlehung des Preßgesetzes zu einer Geldstrafe von 60 Mk. verurteilt.

— Die Verhandlungen zwischen dem Bund der Landwirthe und den gegenseitigen Hagelversicherungsgesellschaften sind definitiv abgebrochen ohne Aussicht auf spätere Wiederaufnahme.

— Der „Frei. Ztg.“ zufolge ist der frühere Commandant von Altona, General Dörnberg, nicht verstorben, sondern hat nur den Abschied erhalten.

— Nach der „Times“ erheben weder Deutschland noch England ernste Einwände gegen den Plan, den Congo-Staat in eine belgische Colonie zu verwandeln.

— Der deutsche Landwirtschaftsrath ist zum 4. März einberufen worden.

— Der Verband deutscher Lohnfuhrunternehmer hat bei dem Reichstag und dem Reichskanzler eine Denkschrift zu Gunsten des Belebigungsnachweises im Lohnfuhrgewerbe eingereicht.

— In der gestrigen parlamentarischen Sitzung des Reichskanzlers wurde eine längere Unterredung des Reichskanzlers mit dem Abg. Gödöll (Centr.) sehr bemerk.

— Eine Umfrage über die Wirksamkeit des Diphtherieerums wird von der Reichsregierung veranstaltet werden.

— Die „Kreuzzeitung“ meldet, der Reichscommisar v. Wissmann und Dr. Bumiller würden in Berlin an der Centralstelle im Colonial-dienst beschäftigt werden.

Darmstadt, 17. Januar. Die zweite Kammer

beschloß in ihrer heutigen Sitzung mit allen gegen drei Stimmen, die Regierung zu ersuchen, daß sie die facultative Feuerbestattung gestatte. Auch die Centrumsmitglieder stimmten im Interesse der Gewissensfreiheit dafür, obgleich sie Gegner der Feuerbestattung sind.

Bern, 17. Januar. Im Muggiothal verschüttete eine Lawine ein Haus. Ein zwölfjähriger Knabe und ein zwanzigjähriges Mädchen sind getötet, ein junger Bursche am Kopfe schwer verletzt worden.

Wilna, 17. Januar. In der hiesigen zweiten Credithank wurden von einer außerordentlichen Revisionscommission Unterschleife in der Höhe von über 300 000 Rubeln entdeckt. Der Rendant der Bank, Ditton, hat sich vergiftet.

New York, 17. Januar. Nach Nachrichten aus Colon sind dort Plakate angebracht worden, welche ein Complot, die Stadt anzuzünden, ankündigen, falls nicht die Löne entsprechend der Vertheuerung der Lebensmittel erhöht würden. Die Plakate bedrohen auch die Eisenbahnen und ihr Personal. Die Regierung verlangte Truppen von Bogota und Panama. Den Einwohnern von Colon ist nach neun Uhr Abends der Aufenthalt in den Straßen untersagt.

Anarchistisches Attentat?

Mailand, 17. Januar. Heute Nachmittag um 1½ Uhr wurde der General-Staatsanwalt des hiesigen Appellhofes Celli in seinem Cabinet durch ein Individuum ermordet, das ihn unter einem falschen Namen zu sprechen verlangte. Der Mörder fasste Celli an der Kehle und durchschneidet ihm die Schlagader des Halses. Celli starb nach einigen Augenblicken, der Mörder wurde alsbald verhaftet. Er nennt sich Attilius Bellocchio, stellt sich irrsinnig und antwortet nicht auf die an ihn gerichteten Fragen. Man glaubt, es handle sich um einen Anarchisten

* [Staatsansäthe für Westpreußen.] Dem jetzt vorliegenden Staatsentwurf des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten pro 1895/96 entnehmen wir über einige bereits telegraphisch gemeldete Staatsansäthe folgende nähere Angaben:

1. Staatsbeitrag zur Verlängerung des Fleditz-Münsterwalder Flügeldeichs 80 000 Mk.: Zum Schutz der im Kreise Marienwerder auf dem linken Weichselufer gelegenen Münsterwalder Niederung ist im oberen Theile auf Grund des Statuts vom 31. August 1877 ein offen in der Niederung auslaufender Flügeldeich errichtet. Der Deich ist nur für ein beschränktes Gebiet von Nutzen und vermag die umfangreichen Verhandlungen nicht abzuwenden, welche in Folge von ausgedehnten Uferinrisse unterhalb die Niederung heimsuchen. Diese Sandablagerungen, welche nach jedem durch die Einrisse strömenden Hochwasser mehr oder minder stark auftreten, haben bereits einen beträchtlichen Theil des guten Niederungsbodens in Odenland verwandelt. Außerdem wird durch die Verhandlungen der Musawabach — der Hauptentwässerungsgraben für das Niederungsgebiet — derart in Mitleidenschaft gezogen, daß dessen Wirksamkeit in Frage gestellt ist. In gleicher Weise ist die Provinzial-Chaussee Marienwerder-Zerwinski, welche die Niederung an ihrer breitesten Stelle durchschneidet, bei jedem größeren Hochwasser erheblichen Verstörungen ausgesetzt, wodurch abgesehen von den bedeutenden Instandsetzungskosten, der Verkehr oft auf Wochen vollständig gesperrt ist. Baldige Abhilfe ist hier nötig, um die Niederung vor der gänzlichen Verwüstung zu bewahren. Eine Besserung der Verhältnisse wird erstrebt durch die hochwasserkreisfreie Verlängerung des vorhandenen Flügeldeiches bis zur Gemeinkunsgrenze Groß- und Klein-Jesewitz sowie durch die Regulirung des Musawabachs. Zu diesem Zwecke ist die Bildung eines neuen Deichverbandes an Stelle des bestehenden in's Auge gefaßt. Die Kosten einschließlich des Grunderwerbs und der Verlegung des Musawabachs betragen 223 000 Mk., jedoch reicht die Leistungsfähigkeit der durch die zahlreichen Uferdämme schwer gesättigten Eigentümer der in Deichsatz gelangenden, etwa 386 Hect. betragenden Fläche zur Durchführung des Vorhabens nicht aus, wie denn überhaupt die Aufwendung so bedeutender Mittel durch die landwirtschaftlichen Interessen allein sich wirtschaftlich kaum würde rechtfertigen lassen. Aus diesen Rücksichten hat der westpreußische Provinzial-Landtag zu den Ausführungskosten einen Zuschuß von 75 000 Mk. bewilligt; zur Regulirung des Musawabachs können ferner aus den der landwirtschaftlichen Verwaltung zur Förderung genossenschaftlicher und communaler Flus regulierungen zur Verfügung stehenden Mitteln 10 000 Mk. bereit gestellt werden. Auch die Strombauverwaltung ist an dem Zustandekommen des Projektes beteiligt. In Verbindung mit den in der Ausführung befindlichen Verbesserungen am Weichselufer bei Kurzbrach erwachsen in Folge der geplanten Deichanlage durch das Zusammenhalten des Hochwasserstromes und die dadurch herbeigeführte bessere Räumung der Schiffahrtsstraße Vorteile, deren kapitalistischer Wert mit 80 000 Mk. nicht zu hoch veranschlagt ist. Da durch die Leistung eines Zuschusses in dieser Höhe das Unternehmen sicher gestellt werden kann, so entspricht es dem fiscalischen Interesse, die veranschlagte Summe so bald als möglich flüssig zu machen. Den Beihilfenden würde danach noch die Aufbringung von 58 000 Mk. verbleiben.

2. Zur Beschaffung von vier eisernen Transportprämmen für die Wasserbau-Inspection Marienwerder 24 000 Mk.: Der Wasserbau-Inspection Marienwerder stehen zur Förderung der Baumaterialien von den Lagerplätzen nach den Baustellen sechs eiserne und zwei hölzerne Schleppprämmen zur Verfügung. Diese Prämmen reichen jedoch bei dem großen Umfang der Arbeitsstellen im Baubezirk Marienwerder zur Bewältigung des Transports nicht aus. Judem sind die beiden hölzernen Fahrzeuge, welche sich bereits 16 Jahre lang im Gebrauch befinden, stark abgenutzt und nur noch von geringer Leistungsfähigkeit. Um einerseits einen Ersatz für die leichten zu schaffen, andererseits einem dem Bedürfniss entsprechenden, schnelleren Betrieb zu ermöglichen, sollen vier eisene Transportprämmen je 59 Tonnen Tragfähigkeit neu eingestellt werden.

3. Zur Beschaffung eines eisernen Kohlendepot-schiffes für die untere Weichsel 30 000 Mk.: Die Kohlen, welche zum Betriebe der fiscalischen Dampfschiffe und Bagger auf der unteren Weichsel erforderlich sind, werden auf der Eisenbahn nach Neufahrwasser geliefert, hier einführen in dem hafenbaufiscalischen Kohlenhofe untergebracht und olsdann zu Zeiten, wenn Arbeitsprämmen verfügbar gemacht werden können, auf solche verladen und nach Plehnendorf geschleppt. In Plehnendorf werden die Kohlen zunächst wieder auf den dortigen Kohlenhof gebracht und dann nach Bedarf den einzelnen Schiffen zugeführt. Um einerseits die hierdurch erwachsenden, nicht unerheblichen Transport- und Aufsichtskosten zu vermindern, andererseits einen bequemeren und schnelleren Betrieb herbeizuführen, ist die Einrichtung eines schwimmenden Kohlenmagazins durch Einstellung eines eisernen Kohlenpedoschiffes von 200 Tonnen Tragfähigkeit in Aussicht genommen. Die in Neufahrwasser anlangenden Apolten sollen unmittelbar aus den Eisenbahnwagen in dieses Schiff geladen und sodann nach Plehnendorf geschleppt werden, um dort von dem Schiffe aus den einzelnen Fahrzeugen und Baggerapparaten zugetheilt zu werden.

4. Zur Beschaffung von drei Uebernachtungs-prämmen für die Dampfseimerbagger der Weichsel-strombauverwaltung 24 000 Mk.: Während die Befestigungen der der Weichselstrombauverwaltung unterstellten Dampfseimerbagger Fasner, Fasolt und Beckmesser zur Nachzeit auf den Baggern selbst ein Unterkommen finden, ist für die je 4 bis 5 Mann betragende Bedienungsmannschaft der zu jedem Bagger gehörigen 6 bis 8 Klapp-prämmen ein solches nicht vorhanden. Die Leute haben sich zwar bisher ein nothdürftiges Nachtlager meist in den Baggerprämmen selbst hergestellt und hier auch bei Tage Schutz gegen die Unbilden der Witterung gesucht; doch ist der Aufenthalt in den engen, niedrigen, nicht heizbaren Lufthäuschen der Klappprämmen in hohem Maße gefundenschiedlich und nur als ein Nothbehelf zu betrachten. Um diesen Uebelständen abzuheilen, ist die Beschaffung je eines Uebernachtungsprämmen für die drei Bagger in Aussicht genommen. Ein solcher Prämm bietet Raum für 40 Schlafstellen und enthält außerdem zwei Kochküchen.

* [Steuererklärungen.] Wir erinnern daran, daß der Termin für die Ableitung der Erklärung zur Staatseinkommensteuer und der Ergänzungsteuer Montag, den 21. Januar, abläuft.

* [Westpreuß. Heerdbuchgesellschaft.] Ende März oder Anfang April d. Js. soll in Marienburg eine Auction von Bullen, Kühen, Färsen und Räubern stattfinden, welche entweder Heerdbuch-schiffen sind, oder von solchen abstammen.

* [Nordostdeutsche Gewerbe-Ausstellung.] Die hiesige kais. Werft ist nicht, wie in einigen Blättern irrtümlich berichtet wird, aufgefordert, die nordostdeutsche Gewerbe-Ausstellung in Königsberg mit Neuarbeiten zu bestücken, sondern es ist an dieselbe seitens des Ausstellungskomitees ebenso wie an mehrere andere Werften die Aufsicht ergangen, die Ausstellung mit Zeichnungen und Situationsplänen aus der Modellsammlung zu beschicken. Die hiesige Werft hat in dieser Beziehung einen reichen Vorraum an Zeichnungen von Hohlschiffsbauten der ältesten Art.

* [Zu dem Fabrikbrande auf Niederstedt] wird uns ferner mitgetheilt, daß der Betrieb der Eisengießerei, der Metallgierei, der Schmiede und der Galosserei keine Störung erlitten haben, daß auch der Kessel und die Dampfmaschine noch braubar sind. Außer vielen Waaren vorrathen sind die Dreherei und die Tischlerei zum größten Theil zerstört, doch werden auch diese Betriebe in Kürze (theilweise noch in dieser Woche) wieder eröffnet.

* [Von der Weichsel.] Die Eisbrechdampfer „Schwarzwasser“ und „Ferse“ sind gestern bis Zeisendorf, etwa 1½ Kilom. oberhalb der Weichselbrücke, vorgedrungen. Beide Eisbrechdampfer halten den Strom unterhalb der Brücke frei.

* [Gewerbe-Verein.] Herr Ingenieur Adler hielt gestern Abend im Gewerbe-Verein unter Vorzeigung von Skizzen und Projecten einen Vortrag über Kleinmotoren, deren Construction, Funktion und verschiedene Verwendungskarten und kam zu dem Schluß, daß, wenn irgend möglich, ein jeder Handwerker sich eines Kleinmotors bedienen solle, da dieses das einzige Mittel sei, gegen die Großindustrie anzukämpfen. Redner erklärte auch besonders, worauf man beim Ankaufe einer derartigen Maschine hauptsächlich achten müsse. Hierauf zeigte der Vertreter der Firma Emil A. Baus mehrere neu amerikanische patentierte Werkzeuge, u. a. eine Bohrkarre, eine Paralleldrähtzange, einen Drillbohrer, eine neue Rohrzange, eine Bolzenzange u. s. w. Die praktische Brauchbarkeit der Instrumente wurde allgemein anerkannt.

* [Ornithologischer Verein.] In der gestern bilden im Restaurant „Zum Lustdichten“ abgehaltenen Sitzung des ornithologischen Vereins wurde die Rechnung pro 1894 beehrgirt und der Etat pro 1895 in Einnahme und Ausgabe auf 900 Mk. festgestellt. Der Vorsitzende, Herr Hildebrand, hielt einen Vortrag über das Diphtherie-Heilserum, in der Gesäßigkeit, in welchem er nachwies, daß dasselbe zur Heilung der Gesäß-Diphtherie absolut nicht zu gebrauchen sei, da letztere von der bei den Menschen vorkommenden Diphtherie vollständig verschieden sei. Der Verein beschloß, Mitte nächsten Monats eine Laubenausstellung zu veranstalten. Am 7. Februar wird Dr. C. Förster aus Rositten, ein hervorragender Ornithologe, im Appollosaale einen Vortrag über „Erinnerungen aus dem Balkan“ halten. — Am kommenden Sonntag unternimmt der Verein Morgens 9 Uhr vom Heumarkt aus eine Besichtigung der österlichen.

* [Strafhammer.] Wegen Vergehens gehen das Patentgesetz hatte sich der Ingenieur Mag. v. Reibold aus Unter-Neubrunn in Thüringen heute vor der hiesigen Strafammer zu verantworten. Derselbe hatte in der Glashütte von E. Schwidop hier selbst einen Lusterhitzungsapparat für Glasöfen aufgestellt, welcher eine Erfundung des verstorbenen Ingenieurs C. Neese aus Blasewitz war und moraus derselbe ein Patent unter Nr. 1146 (später unter Nr. 6516 ein solches auf eine Verbesserung dazu) erhalten hatte. Als Herr Neese gestorben war, waren die daraus entstandenen Rechte auf den Civilingenieur Dralle in Berlin übergegangen. Der Angeklagte v. Reibold war zuerst bei Neese und darauf bei Dralle angestellt. Er hatte hier genaue Kenntniß der ganzen Anlage bekommen und später, als er sich selbst etabliert hatte, jene Erfundung ausgenutzt. Als Herr Dralle von der hiesigen Anlage des Angeklagten Kenntniß erhielt, ging er gegen denselben vor. Reibold suchte sich damit zu entzündigen, daß die ganz Neese'sche Erfundung schon lange Gemeingut aller Ingenieure sei. Diese Behauptung wurde jedoch durch die Gutachten verschiedener darüber vernommener Sachverständiger widerlegt. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 2000 Mk., ferner zur Zahlung einer Entschädigung von 4500 Mk. an Herrn Dralle, außerdem wurde diesem die Berechtigung zugesprochen, das Urtheil auf Kosten des Verurteilten in der Fachzeitung „Sprechsaal“ zu Coburg zu publiciren.

* [Schwurgericht.] Die zweite gestrige Verhandlung wegen willkürlichen Meineides gegen den Parzellensbesitzer Josef Wollitz aus Grabowitz wurde auf Antrag des Vertheidigers wegen Ausbleibens mehrerer Zeugen vertagt.

Aus der Provinz.

* Praust, 17. Januar. Auf dem hiesigen städtischen Mühlen-Etablissement brannte heute Morgen die Scheune nieder. Die Mühle und die Nebengebäude blieben erhalten.

* Marienwerder, 17. Januar. Diesenigen Gründstücks des im Kreise Konitz belegenen fiscalfiscalischen Gutsbezirkens Czerny, welche unter Artikel 176, 177, 178, 179, 180, 188 der Grundstücksverordnung des genannten Gutsbezirkens eingetragen stehen, sind von diesem abgetrennt und es ist aus denselben ein selbständiger Gutsbezirk mit dem Namen „Ebenrode“ gebildet worden. — Der Regierungs-Baumeister Petersen ist der hiesigen königl. Regierung zur aussichtsweisen Beschäftigung und der Regierungs-Assessor Stachow zu weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

P. aus dem Kreise Zuchel, 16. Januar. In großer Betrübnis ist die Witwe Patyna in Gostoczn verstorben. Ihr ältester Sohn war auf der Dampfsäge-mühle Prust beim Schneiden von Äckern beschäftigt. Hierbei geriet er so unglücklich in das Sägewerk, daß ihm der rechte Fuß bis zum Knie vollständig abgesägt wurde. Der Verunglückte ist der einzige Ernährer der betreffenden Familie. — Erfreulicher Weise hebt sich die Bienenzucht in unserer Gegend auf das Beste. Dieses beweist auch, daß wieder ein neuer Bienenverein mit seinem Hauptstift in Gostoczn in's Leben gerufen worden ist.

Königsberg, 16. Januar. Die „Asgdg. Allg. Ztg.“ erzählt: Zu den merkwürdigsten Sammlern gehört ein Leser unseres Blattes, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, nach Curiostis aus den Bescheiden von Polizeibeamten verschiedener Kategorien zu jagen. Hier einige Blätter aus der reichen Sammlung. Von einem Schuldner wird z. B. berichtet: „A. besitzt an Außenständen nichts als massenhafte Schulden.“ — In einem anderen Berichte heißt es: „Frau B. ernährt sich von zwei möblierten Zimmerherren.“ — Von einer Klempnermeisterfrau wird gesagt, daß sie „sich von den Blechwaren ihres Ehemannes ernähre“. — Über einen etwas jähren Schuldner wird mitgetheilt: „A. ernährt sich seiner eigenen Angabe nach, als Pumper; eine Beschäftigung hat derselbe nicht.“ — In einem anderen Bescheidheißt es: „Der Zahlungspflichtige A. erhält Armenunterstützung vom Königs-

berger Magistrat, weil letzterer immer krank ist.“ — Kurze bündige Bescheide sind die folgenden: „Debüt. I. ist ein Käppel und lebt davon“ und „Schuldner B. lebt vom Hausten mit commissionsweiter Leinwand.“ — Über eine Witwe wird berichtet, daß sie sich von der Gefängnisflock ernähre“. — Von einem Schuldner C. wird gesagt, daß er sein Fortkommen durch Lagerarbeit und Harfenspiel finde“. — Ein Geschäftsfreisender Schuhz. „lebt von Cigarren“. — Der Schuldner D. „lebt als Verwalter“ und ernährt sich von seiner „Schwiegermutter“. — Die ganze Sammlung enthält bereits über 100 derartige Blätter.

Vermischtes.

Regensburger Lotterie.

Den ersten Treffer in der Regensburger Lotterie von 75 000 Mk. hat der Kreis-Schul-Inspector Leipold in Regensburg gewonnen. Er kaufte am 6. Januar das Los und machte es seiner Frau zum Geschenk. Ferner gewannen: 50 000 Mk. Nr. 244 410, 25 000 Mk. Nr. 144 991, 10 000 Mk. Nr. 276 429 und 5000 Mk. Nr. 175 284 und 349 722.

August Strindberg.

der Verfasser des confiszierten Buches „Beichte eines Thoren“, der sich in Berlin eifrig mit der Malerei beschäftigt hatte, gewann in Paris Gefallen an der Chemie. Bei seinen chemischen Versuchen aber explodierte eine Retorte und er verbrannte sich derart die Hände, daß er nach dem Hospital St. Louis gebracht werden mußte. Die Aerzte erklären den Zustand des schwedischen Schriftstellers für bedenklich, man befürchtet eine Vergiftung.

„Alein Eholz“ in Christiania.

Vor ausverkauftem Hause wurde am Dienstag Abend das Ibsen'sche Drama „Alein Eholz“ zum ersten Male in Christiania aufgeführt. Die Vorstellung gestaltete sich zu einem großen Erfolg. Die Schauspieler wurden nach jedem Act hervorgerufen; nach dem letzten Act erschien auch Henrik Ibsen auf die stürmischen Hoorrufe zweimal auf der Bühne, das Orchester spielte einen Zusatz und das Publikum bereitete dem Dichter eine begeisterte Ovation.

Cour-Toiletten.

Die Modisten und die Ateliers der großen Geschäfte in Berlin sind augenfällig mit der Herstellung von Cour-Toiletten für die Hofställekeiten sehr beschäftigt. Die Courtkleider, welche vorschriftsmäßig mit langen Schleppen gearbeitet werden, kosten, wie der „Confectionär“ hervorhebt, 1500 bis 2000 Mk. Die Damen, welche zur Hofgesellschaft gehören, müssen sich in jedem Jahr verschiedene solcher Toiletten herstellen lassen, weil es nicht gut angängig ist, mehrmals in denselben Kleidern auf den Hofställekeiten zu erscheinen. Die Damen der Gesandten und der hohen Aristokratie erscheinen bei jeder Hofstallheit in neuem Gewande.

Wie man billig baut.

Die Republik San Marino in der Romagne hat sich ein neues Regierungsgebäude erbaut und un längst mit großem Prunk eingeweiht. Um die Kosten dieser Festlichkeiten nicht auf die Steuerzahler fallen zu lassen, kamen die Leiter der kleinen Republik auf den Gedanken, einige Hunderttausend Erinnerungsbriefmarken auszugeben, und zwar 400 000 zu 25 Centesimi, 200 000 zu 50 Centesimi, 100 000 zu 1 Lire, ferner 10 000 Erinnerungsbriefmarken zu 10 Centesimi und 2000 Arantenbriefe (die nur in San Marino selber Umlauf haben) zu je 5 Centesimi. Binnen wenigen Wochen sind alle diese Postwertzeichen im Gesamtwerthe von mehr als 300 000 Lire verkauft worden und zwar zu mehr als neun Zehnteln an Sammler, ohne daß der Post von San Marino eine erhebliche Mehrarbeit für Briefesförderung erwachsen wäre.

Wölfe in Galizien.

Aus Lemberg wird telegraphiert: In der Umgebung von Tarnopol richten Wölfe schreckliche Verheerungen an. Sie fallen rubelweise Vieh und auch Menschen an. Bei Bavorow wurden zwei Bauern, bei Dzjekom ein Bauer von Wölfen überschlagen und bis auf die Knochen aufgefressen.

Grauenhafte Mordhaten.

Man berichtet uns aus Brünn: Der erst vor wenigen Tagen aus der Beobachtungsabteilung der Brünner Krankenanstalt entlaufenen Tischler Franz Ruzicka hat gestern in seinem Hause in der Ortschaft Pohoritz in einem Anfälle von Tobsucht seiner Gattin Marie mit einer Art schwere Verletzungen beigebracht. Godann stürzte sich der Wahnsinnige auf seine Schwiegermutter und seine Tochter Rosa, die er gleichfalls schwer verwundete. Hierauf stieg Ruzicka auf den Dachboden und legte Feuer an. Die schwer verletzten Frauen konnten nur mit vieler Anstrengung aus dem brennenden Hause gerettet werden; Ruzicka selbst wurde als verhöhlter Leichnam aufgefunden. Man brachte die verletzten Frauen in das Brünner Krankenhaus. — Aus Miskolc wird telegraphiert: Einen grauenhaften Mord verübten unbekannte Thäter in dem benachbarten Mezősat. Sie tödten Frau, Kind und Lehrjungen des Industriellen Cséle und flüchteten dann unter Mitnahme von 30 fl. Baarschaft. Die Gendarmerie der ganzen Umgebung wurde zur Ermittlung der Mörder aufgeboten.

Briefkasten der Redaktion.

M. K. in Stendish: Ohne nähere Begründung kann die Anfrage nicht beantwortet werden.

Stadtverordneten-Versammlung

am Dienstag, 22. Januar 1895. Nachmittags 4 Uhr.

Tages-Ordnung:

Petition. — Wohl a. den ständigen Deputationen und Commissionen pro 1895. — b. eines Mitgliedes für die Schuldeputation. — c. zweier Mitglieder für eine Vorberatungs-Commission. — d. von Mitgliedern zu einer Commission für die Baumschulverwaltung. — Vermietung eines Gebäudes. — b. eines Hofplatzes. — c. von Bleihofsplätzen. — Verpachtung einer Fährgerichtschaft. — b. des alten Viehhofgrundstückes. — c. des Kielmeierlandes. — Pachtverlängerung in Betreff von Landstücken. — Verkauf von Landstücken. — Errichtung des neuen Lazarus-Kirchhofes. — Bewilligung a. von Brunnen-Reparaturkosten. — b. von Beleuchtungskosten. — Erste Leistung a. des Serviceats. — b. des Kirchenrats pro 1895/96.

Danzig, 17. Januar 1895.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung. Steffens.

Börsen-Depeschen.

Berlin, 17. Januar. Tendenz der heutigen Börse. In Rückwirkung der guten Haltung der gestrigen Pariser Börse zeigt sich der Fondsmarkt hier bei der Eröffnung gut behauptet, nur heimische Anlagen seien auf Gewinnrealisierungen schwächer. Der Frankfurter Markt war schwächer, besonders in Creditactien, deren Steigerung in den jüngsten Tagen, wie sich nun herausstellt, mit Deckungen für Hamburger Rechnung zusammenhangt. Wie verlautet, sollen für die Directoren der Hamburger Maklerbank 14 000 Stück Creditactien gedeckt worden sein. Die Vorgänge bei der Hamburger Maklerbank haben hier sehr verstimmend gewirkt im Hinblick darauf, daß ein so großer Vertrauensmissbrauch seitens der leitenden Directoren zu der Katastrophen führen konnte. Montanertheile waren bei vielfachen Schwankungen ohne Erholung. In Bahnen waren heimische still, Gotthardbahn auf Verkehrsstörung schwach, österreichische unregelmäßig. Prinz Heinrichbahn träge. Warschau-Wiener schwach, italienische gut gehalten. Schiffsaufträge waren träge. Trust-Dynamit schwächer. In Fonds waren Russen fest, österreichische behauptet, Italiener gut preishaltend. Mexikaner fest. In der zweiten Börsenstunde waren Banken behauptet, Montanertheile weiter nachgebend, Fonds stetig, Türkis fest. Im weiteren Verlaufe wurden Montanertheile für Hamburger Rechnung realisiert. Nachbörsen fest in Fonds auf Paris. Lokalmarkt schwach. 1½%.

